

Bürgervotum

Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik

Ergebnisse einer Bürgerkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung,
verfasst von 18 Bürgerinnen und Bürgern
aus Berlin und Brandenburg

**Berlin,
22. Mai 2006**

Präambel

Rechtsextremismus hat in Deutschland eine neue Dimension erreicht. Rechte Ideologie wird zunehmend mit neuen Methoden verbreitet, um sie gesellschaftsfähig zu machen. Rechtes Gedankengut ist in unserer Gesellschaft unterschwellig und bewusst vorhanden.

In der Bürgerkonferenz zum Thema Rechtsextremismus haben sich Menschen unterschiedlichster Berufs- und Altersgruppen aus Berlin und Brandenburg zusammengefunden, um über dieses brisante Thema zu diskutieren, Ursachen festzuhalten und der Politik Gegenstrategien vorzuschlagen.

Dabei stützten die Teilnehmer sich auf ihre persönlichen, konkreten Wahrnehmungen, Kenntnisse und Erfahrungen. Befragungen von Experten regten den Diskussionsprozess zusätzlich an. In einem schwierigen Prozess der Meinungsfindung wurde aus den vielen Vorschlägen ein Gesamtkonzept vorgelegt. Dies hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und ist durch verschiedene Herangehensweisen dokumentiert und zusammengetragen worden. Nicht jede Aussage wird von jedem Teilnehmer vollständig getragen. Das betrachten wir auch als positiven Ausdruck der Meinungsvielfalt und demokratischer Herangehensweise.

In unserer Diskussion kristallisierten sich die folgenden Bereiche heraus:

1. Stärkung und Förderung der Zivilgesellschaft

Unter dem Eindruck zunehmender Politikverdrossenheit bzw. politischen Desinteresses vieler Bürger ist es unser Anliegen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen und das bürgerliche Engagement zu fördern, um die demokratischen Strukturen zu beleben und zu stärken.

Es muss Anliegen der gesamten Gesellschaft sein, Bürger zu fordern und zu befähigen, sich in politische Prozesse aktiv einzumischen oder teilzuhaben. Dazu müssen sie auch wissen, welche Möglichkeiten sie zur Teilhabe haben.

Wir sehen als wesentliche Ursachen des erstarkenden Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft folgende Punkte:

Im Zuge des sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandels z. B. durch die Globalisierung, Neoliberalismus und auch die Wiedervereinigung zeichnen sich Tendenzen von Werteverfall, Entsolidarisierung und sozialer Desintegration in allen Bevölkerungsgruppen ab. Weitere wichtige Kennzeichen sind beispielsweise steigende Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und damit einhergehender Vertrauensverlust in die jetzige Politik.

Die Entsolidarisierung in Verbindung mit sozialer Desintegration äußert sich in fehlender Zivilcourage, Alltagsrassismus, Vorurteilen und Klischees gegenüber Fremden

und Minderheiten sowie in der Suche nach Sündenböcken. Das beginnt bei der Ablehnung von reinen Äußerlichkeiten z. B. bunte Haare, die jemandem missfallen, und endet bei der Ermordung von Ausländern.

Als ein Merkmal des Gesellschaftswandels sehen wir die Veränderung traditioneller Familienstrukturen. Zusätzlich leben Eltern oft den Alltagsrassismus, das Verwenden von Vorurteilen und fehlende Zivilcourage vor, was von den Kindern übernommen wird. Der Mangel an Angeboten für die Jugendlichen, die auf der Suche nach Orientierung und Geborgenheit sind, ermöglicht es rechten Gruppen, dieses Vakuum zu füllen. Sie bieten unter dem Deckmantel von Kameradschaft das an, was die „normale“ Gesellschaft vermeintlich nicht mehr bieten kann. Hinzu kommt das Vorleben eines tradierten Geschlechterrollenbildes (patriarchalisches Familienbild), welches Halt und Orientierung verspricht, aber nicht wirklich bieten kann.

Deshalb schlagen wir folgende Gegenstrategien vor:

Grundsätzlich ist es für uns wichtig, dass alle Gegenstrategien/ Projekte/ Programme/ Initiativen kontinuierlich und langfristig gesichert werden. Nur so können nachhaltige Netzwerke zwischen bestehenden Projekten und Programmen wie Mobile Beratungsteams, Opferberatung und Aussteigerprogramme entstehen. Entscheidend ist dabei, dass diese Netzwerke einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden.

Es ist notwendig, Allianzen auf kommunaler Ebene zu schaffen zwischen Mandatsträgern, Schulen, Unternehmen, Religionsgemeinschaften, Persönlichkeiten aus Politik und Kultur, Polizei, interessierten Bürgern usw. Damit kann Hilfe zur Selbsthilfe gegeben sowie Eigeninitiative und Selbstorganisation entwickelt werden. Es werden gesellschaftliches Engagement und demokratische Kultur gefördert.

Unentbehrlich ist es, im Planungsprozess der Programme die Projektziele an das kommunale und regionale Umfeld anzupassen. Weiterhin ist es wichtig, besagte Programme auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Auch unkonventionelle Methoden und Instrumente müssen angewendet werden. Oftmals ergeben sich daraus neue Erkenntnisse und Synergieeffekte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für uns die Jugendarbeit. Es muss eine kontinuierliche Arbeit mit Jugendlichen sichergestellt werden. Parteipolitische Interessen müssen sich diesem Ziel unterordnen.

Neben dem Erhalt der bestehenden Jugend- und Bildungseinrichtungen ist es notwendig, alternative Jugendkulturen zu fördern. Damit werden die Möglichkeiten erweitert, sich vom rechtsextremen Spektrum abzugrenzen. Elementar sind die Stärkung des jugendlichen Selbstbewusstseins und der Abbau von Ängsten, um Mut zu machen, sich gegen Rechts zu artikulieren. Wir fordern eine Regelfinanzierung für soziale und integrative Kinder- und Jugendprojekte.

Wir erwarten eine klare Positionierung aller Parteien und von Personen und Institutionen mit öffentlichem Wirkungsgrad gegenüber rechtsextremen Kräften. So erfahren diese Kräfte öffentlichen Widerspruch und Vorbilder werden deutlicher sichtbar.

Medien als Informationsvermittler und Meinungsmacher haben die Verantwortung sachgerecht Bericht zu erstatten ohne Effekthascherei und Hetze. Dabei sollen sie über rechtsextreme Akteure, Inhalte und Strategien aufklären und das Thema aktuell halten. Sie sollen unabhängig von aktuellen Vorfällen durch kontinuierliche Berichte über Täter und Opfer dazu beitragen, dass Bürger/Einwohner mobilisiert werden, sich mit Rechtsextremismus zu beschäftigen oder auch sich in demokratische Prozesse einzumischen.

Durch die Zeit des Nationalsozialismus als dunkelstes Kapitel unserer Geschichte ist ein positives Verhältnis zur nationalen Identität schwierig. Dies zeigt sich durch historische Paranoia, einen latent empfundenen Schuldkomplex und führt zu Berührungsängsten und verkrampftem Umgang mit Opfergruppen und eigenen positiven Traditionen. Um diesem Entgegenzuwirken ist eine Form zu finden, die das Nationalgefühl stärkt, ohne Chauvinismus zu verbreiten. Ein positives Nationalgefühl sollte ein unabdingbarer Bestandteil Deutschlands im zusammenwachsenden Europa sein.

Eine Person der Gruppe hält es für nicht notwendig, dass der „nationale“ Anteil unserer Identität „unverkrampft positiv“ sein müsse, sondern plädiert für eine reflektierte Auseinandersetzung mit den „nationalen“ wie mit allen anderen Anteilen unserer Identität (auch regionale, europäische, kulturelle Identitäten, etc.).

2. Politische Ebene

Entpolitisierung der Bevölkerung:

Die in breiten Schichten der Bevölkerung erlebte Unglaubwürdigkeit der Politik, hervorgerufen durch Intransparenz, Unehrllichkeit und Dauerwahlkampf erzeugt das Gefühl von politischem Stillstand.

Frustration und der subjektive Eindruck von Hilflosigkeit der Politik führen zu politischem Desinteresse und fehlendem politischen Engagement sowie geringer Wahlbeteiligung. Dadurch werden Alternativen außerhalb des demokratisch politischen Spektrums gesucht, wie es sich auch schon auf europäischer Ebene abzeichnet.

Politisches Bewusstsein entsteht nur durch Transparenz der Politik und Einbeziehung von breiten Schichten der Bevölkerung in die konkrete politische Arbeit, z.B. durch Volksentscheide als verwirklichte Basisdemokratie.

Die gewählten Vertreter des Volkes haben eine Vorbildfunktion und müssen diese ernst nehmen. Dies fängt bei der Glaubwürdigkeit an, die wieder gewonnen werden könnte durch:

- Anpassung der Politikergehälter nach oben nur durch unabhängige Gremien bei gleichzeitigem Verbot von Nebentätigkeit der Politiker in der Wirtschaft während ihrer Amtszeit.
- Einhalten von Wahlversprechen.

Wir meinen, dass es zu viele Wahlen und damit verbundene Wahlkämpfe gibt, wodurch wichtige Entscheidungen verhindert werden. Politiker bremsen sich gegenseitig aus, machen mehr Wahlkampf als Politik, daher sollen Bundestagswahlen und Landtagswahlen zum gleichen Termin stattfinden. Die Wahlperiode soll auf 5 Jahre verlängert werden. Dadurch wird der Wahlverdrossenheit der Bürger entgegengewirkt und Kosten können eingespart werden.

Die Auseinandersetzung mit dem rechten Spektrum ist zu suchen und offensiv zu führen, um Mitläufer und wenig gefestigte Anhänger von der Demokratie zu überzeugen und die rechten Ideologen zu entlarven.

Um das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen des Bürgers in die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Staatsmacht zu stärken, sind Ermittlungsansätze sensibel zu behandeln. Eine offizielle Einordnung der Straftaten als politisch motiviert sollte erst nach Abschluss der Ermittlungen stattfinden. Falsche Vorverurteilung stärkt den Opfermythos in der rechten Szene. Bei politisch motivierten Straftaten sollte die Strafzumessung durch die Judikative im rechtlich vertretbaren oberen Strafmaß wieder zu finden sein. Darüber hinaus ist auffällig, dass in diesem Zusammenhang oft mehr über Straftäter berichtet wird als über die Opfer. Hier ist wieder die Verantwortung der Gesellschaft gefragt, Opfern Schutz und Aufmerksamkeit zu geben, damit sie sich nicht allein gelassen fühlen.

Verfehlte Migrationspolitik:

In den 50er Jahren wurden gezielt Gastarbeiter in den Arbeitsprozess integriert. Damals wurde davon ausgegangen, dass sie nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Aufgrund dieser Tatsache wurde versäumt, eine Integrationspolitik für die hier lebenden Gastarbeiter und deren Familien zu gestalten. Lange Zeit wurde der Status Deutschlands als Einwanderungsland aufgrund seiner stabilen politischen und wirtschaftlichen Situation durch die Politik negiert.

Das Nichterkennen des Integrationsproblems führte zur Entstehung von Parallelgesellschaften und Gettoisierung bestimmter Einwanderungsgruppen. Inzwischen ist aufgrund der zugespitzten Situation ein starker Nachholbedarf entstanden, der finanziell und logistisch gestaltet werden muss. Deutschland muss als Einwanderungsland akzeptiert und anerkannt werden.

Dabei gibt es auf Seiten der Migranten teilweise zu wenig Motivation, Willen und Eigeninitiative zur Integration. Ein Zusammenleben beruht auf Toleranz, gegenseitigem Verständnis, Kommunikation und Anerkennung der Kultur des Einwanderungslandes ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Dazu müssen von Deutschland die Voraussetzungen geschaffen werden und von den Einwanderern die Bereitschaft zur Annahme vorhanden sein. Wenn wir die kulturelle Vielfalt in unserem Land anerkennen und fördern, kann es zu einer progressiven positiven Entwicklung führen.

Respektierung der hiesigen Gesetze und Kenntnis der Sprache sind die Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Zusammenleben. In diesem Zusammenhang hat der Staat entsprechende Förderprogramme bereitzustellen, aber auch die Verpflichtung, die Mitwirkung an den Programmen zu gewährleisten. Dies beinhaltet auch

Maßnahmen gegen Nichtwillige. Durch die Neuregelung des Staatsbürgerrechtes und den darin enthaltenden Nachweis der deutschen Sprachkenntnisse ist lediglich der Teil der Migranten erfasst, die deutsche Staatsbürger werden wollen. Dieser Teil ist vermutlich integrationswillig. Auch für den großen Teil von Zuwanderern, die sich (noch) nicht um die deutsche Staatsbürgerschaft bemühen, muss das Erlernen der deutschen Sprache Bedingung für den dauerhaften Aufenthalt in unserer Gesellschaft sein.

Alltagsrassismus:

Breite Schichten der Bevölkerung sind geneigt, Ängste und eigene Unsicherheiten in Schuldzuweisungen darzustellen. Das Fremde wird durch bewusste oder fahrlässige unterschwellige Bemerkungen als Bedrohung und Einschränkung angesehen. Alltagsrassismus zeigt sich auch im Aufgreifen von rechtspopulistischen Parolen und deren Anwendungen im Alltag und in oft zweifelhaften humoristischen Darstellungen, die Intoleranz gegenüber anderen Nationalitäten und Randgruppen widerspiegeln. Der Mensch soll nicht nach seiner Nationalität, sondern nach seinem Handeln und Auftreten beurteilt werden.

Um Alltagsrassismus entgegenzuwirken, ist jeder gefordert, in allen Bereichen des täglichen Lebens für humanistisches und demokratisches Gedankengut einzutreten und als Multiplikator zu wirken. Sensible politische Themen müssen verantwortungsbewusst aber ohne Tabus behandelt werden. Statt reaktivem Vorgehen und Schwarz-Weiß-Denken ist eine zeitgemäße kritische Hinterfragung der bestehenden Formen (Projekte, Programme, etc.) hinsichtlich der Wirksamkeit im Kampf gegen Rechtsradikalismus notwendig.

3. Pädagogik und politische Bildung

Die Ursachen für Rechtsextremismus im Bereich Pädagogik und politische Bildung sehen wir zum einen im Bereich der häuslichen Erziehung, da Eltern den hohen Anforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft häufig nicht mehr gewachsen sind.

Zum Zweiten sehen wir ein zusehends verfallendes und nicht mehr zeitgemäßes Bildungssystem, das immer weniger im Stande ist, politische Werte zu vermitteln, berufliche Perspektiven zu garantieren sowie die individuelle Entfaltung junger Menschen zu fördern.

Als Gegenstrategien fordern wir im Bereich Pädagogik und politische Bildung:

Einheitliche Regelung von Bildungsfragen durch den Bund.

Durchdachte und sorgfältig geplante Bildungsreformen, statt blindem Aktionismus (wie z.B. im Falle der Rechtschreibreform).

Einbeziehung der Eltern in die Arbeit von Kindergarten und Schule – Engagement auf beiden Seiten.

Recht auf kostenlose Kindergartenplätze. Es wurde in der Bürgerkonferenz eine Kindergartenpflicht diskutiert.

Einführung von Mindeststandards innerhalb der Erziehungsarbeit in der Familie. Ein Teil der Gruppe plädiert bspw. für einen verpflichtenden „Elternführerschein“ als Vorbereitung von Eltern auf erzieherische Herausforderungen einer veränderten Gesellschaft.

Integrative Erziehung ab dem Kleinkindalter, entsprechende Ausbildung und Motivation von Pädagogen und Erziehern. Darüber hinaus Verpflichtung zur integrativen Erziehungsarbeit in allen Kindergärten und Schulen – ggf. Durchsetzung durch Mittelkürzung.

Einstellung von Lehrern und Pädagogen und Sozialarbeitern mit Migrantenhintergrund für den sozialintegrativen Prozess, wenn nötig mit Quote.

Konsequente Kontrolle der Fortbildung und Schulung von Lehrern und Erziehern.

Konflikttrainings und Erlernen sozialer Kompetenzen auf allen Ebenen: Familie, Schule, Betriebe. Menschen müssen lernen, mit Konflikten konstruktiv umzugehen.

Aufklärungsarbeit in der Jugend. Aufzeigen von Alternativen und Perspektiven; Ausweitung der kulturellen und sportlichen Freizeitangebote.

Wir plädieren für die bundesweite Einführung eines Unterrichts, in dem gezielt die Persönlichkeitsentwicklung, Konfliktbewältigung, Selbstreflexion und Verantwortung gefördert werden.

Ein Teil der Gruppe plädiert für die Erweiterung um die Vermittlung von Kenntnissen über die Weltreligionen und Inhalte der interkulturellen Begegnung, Integration und demokratische Grundprinzipien. Damit können auch Vorbehalte und Ängste abgebaut werden, was letztlich eine positive Persönlichkeitsentwicklung, Wahrnehmung von Verantwortung stärken und soziale Kompetenzen fördern würde.

Schon auf schulischer Ebene muss Demokratie gefördert werden, z.B. durch Partizipation von Schülern an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Dadurch werden Schüler zu kritischem Denken und zur Teilnahme an gesellschaftlichen Veränderungen befähigt. Gesellschaftspolitische Projekte sollten nicht nur auf Gymnasien beschränkt sein, sondern an allen Schulformen stattfinden.

Projektarbeit im Rahmen des Geschichts- und Politikunterrichts: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, z. B. durch Einführung von Schülerkonferenzen.

Integration durch konkrete Aufgabenstellung für heterogene Gruppen auch schulübergreifend auf ein bestimmtes (selbstbestimmtes) Ziel hin, z. B. Schulfeste – Musik-/Sportwettbewerbe organisieren und ausrichten. Gleichzeitig ist gegebene Vielsprachigkeit zu nutzen. Im Zeitalter der Globalisierung ist das auch für die Wirtschaft von Nutzen.

Konsequente Konzentration auf die deutsche Sprache im Unterricht und auf dem Schulhof.

Menschen aller Ethnien und aller Minderheiten in öffentliche Aufgaben einbeziehen wie z.B. bei Behinderten– wenn nötig mit Quote.

Gebührenfinanzierte Medien müssen stärker in die Pflicht genommen werden bzgl. ihres Bildungsauftrages, z.B. Bildungsfernsehen in den öffentlich-rechtlichen Kanälen, Rundfunk, u.ä.

4. Wirtschaftliche Perspektiven

Wir haben folgende Ursachen für den Rechtsextremismus aus dem Bereich der Wirtschaft erkannt:

Unzufriedenheit mit dem sozialen Status und Angst bestehende Privilegien zu verlieren (z.B. Ausbildungsplatz/Arbeit, um den Lebensstandard zu halten)

Unzufriedenheit führt zur Suche nach Sündenböcken (Warum geht es mir nicht so gut wie anderen, wer ist daran schuld?)

Durch den Verlust von Arbeitsplätzen kommt es auch zum Verlust von Zugehörigkeitsgefühlen und Würde, sowie zur Ausgrenzung aus dem sozialen Umfeld

Die durch das Wirtschaftssystem geförderte Konsumorientierung z.B. in den Medien führt zu einer Abkehr von ideellen Werten (z.B. Solidarität, Hilfsbereitschaft, Toleranz) und zu einer Steigerung von Unzufriedenheit.

Wir haben folgende Strategien gegen Rechtsextremismus für den Bereich der Wirtschaft erarbeitet:

Grundlage unserer Überlegungen ist das im Grundgesetz verankerte Prinzip Eigentum verpflichtet (Art. 14 GG).

Unternehmen müssen Ihre gesellschaftliche und soziale Verantwortung wahrnehmen, z.B. durch Engagement in der Kommune durch:

- Verstärkung der Jugendarbeit, logistische und finanzielle Hilfe
- Unterstützung der Erwachsenenbildung in der Region
- Förderung von Initiativen gegen Rechts z.B. Schülerkonferenzen, Pflege des Vereinslebens.
- Sie sollten für dieses Engagement auch in den partnerschaftlich verbundenen Fremdfirmen werben und sich eventuell vernetzen. Dies ermöglicht eine langfristige Förderung von Projekten ohne politischen Druck.

Vermittlung sozialer und ethischer Werte, Eintreten für Menschlichkeit, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt im Rahmen der Berufsausbildung. Die Haltung und

Fähigkeiten des Auszubildenden in diesen Fragen sind neben den fachlichen Kriterien ebenso wichtig für die spätere Übernahme in das Unternehmen.

Wir fordern eine solidarischere Verteilung der Arbeit/Allgemeines Job-Sharing: Beispiele dafür finden wir in Holland, mit der Möglichkeit der Teilung der Arbeitszeit auf Antrag der Arbeitnehmer, oder in Dänemark bei der rotierenden Besetzung einer Arbeitsstelle durch mehrere Arbeitnehmer.

Die soziale Verantwortung der Wirtschaft ist die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen. Managergehälter und Abfindungen sollen an dieses Ziel gekoppelt werden.

Bei Einhaltung dieser Punkte wird mehr Zufriedenheit unter den Mitarbeitern gefördert und somit eine Steigerung der Produktivität und ein positiv-kollektives Selbstverständnis geschaffen.

Schlusswort

So wie es nicht „den Rechtsextremisten“ gibt, kann es nicht nur eine Strategie gegen den Rechtsextremismus geben. Es gibt viele Ursachen; nicht jede trifft auf jeden zu. Und oft müssen sich erst mehrere Ursachen verbinden, um rechte Gesinnungen auszulösen. Entsprechend vielschichtig sind die notwendigen Gegenstrategien.

Die im vorliegenden Bürgervotum erarbeiteten Strategien verdeutlichen die Verantwortung aller Teile der Gesellschaft. Wir fordern eine entschiedene Umsetzung durch die Politik, Wirtschaft und von uns allen, die wir in Deutschland leben.